

## Offene Fragen der Geschichte Band 8

### Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,  
Volksaufstand im Juni 1953,  
Deutsches Wirtschaftswunder,  
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,  
Bau der Berliner Mauer,  
Internationale Kubakrise,  
Vietnamkrieg 1965-1975,  
68er Bewegung,  
Ratifizierung der Ostverträge,  
Unbewältigte Vergangenheit ...

### Band 8/009

### Chronik vom 13. Oktober 1955 bis zum 31. Dezember 1956

#### 13.10.1955

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 13. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138-140): >>13. Oktober 1955. ... Friedland erfährt die Invasion einer riesigen Menschenmenge, die mit Autos und Zügen von weither kommt, um beim Empfang der Heimkehrer dabei zu sein, sie in der Heimat zu begrüßen, ihnen Blumen und Geschenke zu überreichen.

Auf den Zufahrtsstraßen stehen kilometerweit Fahrzeuge, die alle nach Friedland wollen. ... Im Lager wimmelt es von vielen tausend Menschen, die nach hier gekommen sind, um entweder Heimkehrer abzuholen, Nachforschungen über weitere Transporte anzustellen oder Fragen an die Kriegsgefangenen über Vermißte zu richten.

Die Post hat ein fahrbares Amt im Lager aufgestellt, mit besonderen Telefonleitungen für die Presse. ...

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat nahezu 90 Helferinnen und Helfer aus allen Landesverbänden nach Friedland beordert, um die riesige Nachforschungsarbeit bewältigen zu können und alle Heimkehreraussagen richtig auszunutzen. ...

Die Lagerleitung gleicht einem Bienenschwarm. Auskunftssuchende Menschen drängen sich auf dem schmalen Gang der Baracke, fragen sich zum Geschäftszimmer durch, schieben sich bis zur Barriere und bringen ihr Anliegen vor. ...

... Spenden der Bevölkerung treffen in ungeahnten Mengen ein, damit die Männer eingekleidet und mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen ausgerüstet werden können. ...<<

#### 14.10.1955

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 14. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143): >>14. Oktober 1955. ... Es kam ein schlimmes Telegramm in Friedland an, eine Hiobsbotschaft für einen Heimkehrer, der das Papier zunächst fassungslos ansah, so, als könnte er sich den Sinn der Worte nicht erklären. In der Depesche stand weiter nichts als "Komme nicht ... Ich bin wiederverheiratet ...

Dieses Antworttelegramm, daß er in Friedland eingetroffen sei, kam von einer Frau, die ihren Mann in der Zwischenzeit "abgeschrieben" hatte, wie einer der Journalisten sagte, ihn für tot erklären ließ und wieder heiratete. Obwohl sie wußte, daß ihr Mann lebte und sich in Rußland

in Gefangenschaft befand.

... Vergebens hoffte der Gefangene auf ein Lebenszeichen, konnte sich nicht erklären, warum sich seine Frau nicht meldete, bangte um ihr Schicksal. Jetzt wußte er ... das lange Schweigen zu deuten.

Man mußte mit beiden Beinen fest auf der Erde stehen, um von solch einer Nachricht nicht umgeworfen zu werden. Noch wußte der ehemalige Major nicht, was er anfangen sollte. ...

Für diesen Mann war Friedland kein Ort des Aufatmens geworden. Hier traf ihn eine Nachricht, die er wohl nie wieder verwiden würde. ...<<

### **15.10.1955**

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da.

Tausende von Menschen warten jeden Tag im Lager ungeduldig auf die Ankunft eines Transportes. Wann wird die Omnibuskarawane eintreffen? ...

Dann beginnt plötzlich die Lagerglocke zu läuten. Jeder weiß, nun sind sie gleich da.

Jubel bricht los, setzt sich fort, Händeklatschen klingt auf, dann fahren die Omnibusse im Schritt heran. Die da drinnen sitzen, auf den ungewohnten roten Ledersesseln, winken mit leisen Handbewegungen zurück, beugen sich manchmal auch aus den Fenstern vor, um einen Angehörigen zu erspähen, lächeln, sind sehr, sehr glücklich.

Blumen, Zigaretten, Schokolade werden durch die Fenster gereicht, zumeist stumm entgegengenommen – denn sie wissen nichts zu sagen, diese Männer, sie haben keine Worte in dieser Stunde, nach der sie sich seit langer, langer Zeit sehnten.

Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes, wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...

Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.

Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...

Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimente, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.

Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.

Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt.<<

### **17.10.1955**

**Berlin:** In einem Schreiben vom 17. Oktober 1955 appelliert der evangelische Bischof von Berlin an die Eltern der mitteldeutschen Konfirmanden (x009/215): >>... Wer sich konfirmieren lassen will, kann nicht zur Jugendweihe gehen. Hier können wir keine Kompromisse schließen mit dem Atheismus!<<

### **18.10.1955**

**BRD:** Bundespräsident Theodor Heuss spricht am 18. Oktober 1955 im Grenzdurchgangslager Friedland (x123/5): >>Liebe Landsleute, Heimkehrer aus dem fernen Rußland!

Das Grußwort, das ich für das deutsche Volk zu sprechen habe, kann ganz einfach sein: Ein herzliches Willkommen.

Als ich vor 2 Jahren bei einem Heimkehrertransport hier war, da glaubte unsere Hoffnung, daß es nun so weitergehen werde und die Erlösung auch für Euch schon da sei. Wir haben uns damals getäuscht.

Aber das Mühen um Eure Rückkehr ist durch alle Jahre hindurch für die deutsche Gesamtheit eine bindende Kraft gewesen. Alle Gegensätze zwischen Parteien und Gruppen sind weggesunken, wenn man an das Schicksal derer dachte, die draußen noch litten.

Ob Familien, ob Freunde, ob Bekannte ihre Gedanken, ihre Sorge in den Osten, in die Lager sandten, - das Gefühl, es ist genug des Leides, hat die Deutschen untereinander, und nicht nur mit Euch, verbunden in dem Ringen um das Schicksal von Menschen, die Bundesregierung, die Parlamente, die karitativen Verbände.

Wie waren wir alle froh, für Euch und für uns, daß es dem Bundeskanzler in Moskau dann doch in seiner harten, klaren und doch seelisch erfüllten Zähigkeit gelang, diese Entscheidung Eurer Freigabe zu erreichen!

Es war und blieb ein Kampf um die Freiheit der einzelnen Menschen, wie sie aus der tragischen Zerstörung ihres Lebens gerettet werden können, um zugleich ihren Angehörigen, ihren Freunden die innere Ruhe zurückzugeben, um eine ewig schmerzende Reizstelle zur Heilung zu bringen. Denn sie mußte, daß Ordnung auch zwischen den Völkern wieder möglich werde, gesunden.

Wir haben noch Sorgen genug vor uns auf dem Wege unseres Volkes.<<

### **23.10.1955**

**Frankreich:** Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen Deutsche bleiben (x155/52).

### **26.10.1955**

**Österreich:** Die österreichische Regierung verpflichtet sich am 26. Oktober 1955 zur "immerwährenden Neutralität" (x299/174): >>... Artikel 2: Österreich ... wird in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.<<

### **20.12.1955**

**BRD:** Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Dezember 1955: >>Bundesrepublik Deutschland und Italien unterzeichnen Abkommen über Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>20. Dezember 1955. ... Am 4. Adventssonntag weihte der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, die neue "Friedland-Gedächtnis-Kirche" feierlich ein. ...

Genau vor 5 Jahren, am 4. Advent 1950, war von Pfarrer Dr. Krahe eine Baracke als Lagerkapelle eingerichtet worden. Das große Gotteshaus, unmittelbar am Appellplatz des Lagers, soll nach den Worten des Kardinals als "Mahnmal zum Frieden" dienen. ...

An der Ostseite der Kirche wurde als "Mahnmal für kommende Zeiten" eine übergroße Heimkehrerstatue aufgestellt. Der Glockenstuhl im Turm wird eine Glocke aus dem 15. Jahrhundert, die bis zum Kriege in Oberschlesien läutete, tragen. ...<<

### **31.12.1955**

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>31. Dezember 1955. Seit dem Bestehen des Lagers gingen 1.846.288 Menschen durch Friedland, Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Ausgewiesene. Davon waren 555.454 Heimkehrer. ...<<

### **1955**

**DDR:** Im Jahre 1955 fliehen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Die DDR-Zeitschrift "Bauerfibel" berichtet im Jahre 1955 über die "Kollektivierung auf dem Lande" (x243/207): >>... Jeder wird (vom Staat) zur Rechenschaft gezogen und bestraft, der versucht, werktätige Bauern oder Landarbeiter zum Eintritt (in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - LPG) ... durch Zwang ... zu veranlassen.<<

**USA:** Der ehemalige deutsche Ingenieur Wernher Freiherr von Braun (1912-1977) wird im Jahre 1955 US-Staatsbürger.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Wernher Freiherr von Braun (x051/87): >>Braun, Wernher Freiherr von, geboren in Wirsitz (Posen) 23.3.1912, gestorben in Alexandria (USA) 16.6.1977, deutscher Ingenieur.

Seit Oktober 32 beim Heereswaffenamt, wurde Braun schon mit 25 Jahren Leiter der Raketenversuchsanstalt des Heeres in Peenemünde. 1938 gelang die Fertigstellung eines ersten Prototyps der späteren ballistischen Fernrakete A 4, die unter dem Propagandanamen V 2 (V = Vergeltung) am 3.10.42 erstmals erfolgreich erprobt wurde; erster Kriegseinsatz 8.9.44 gegen London (insgesamt 1.054, gegen Brüssel und Antwerpen 2.100).

Braun wurde, weil er mehr an Raumfahrt als an Waffentechnik interessiert war, von der SS beargwöhnt. 14.3.44 Verhaftung, Freilassung nach Intervention von Speer. Im März 45 räumte Braun Peenemünde und ging mit seinem Team (ca. 100 Techniker) in amerikanische Gefangenschaft.

Nach dem Krieg Fortsetzung der Arbeit in den USA; 1955 US-Staatsbürgerschaft; 1959 zur NASA, Entwicklung von Trägerraketen, Mitarbeit am Mondflugprogramm "Apollo", 1970 Chefplaner der NASA.<<

## 1956

Der Wege, sich zu bereichern, sind viele. Sparsamkeit ist einer der besten.

*Francis Bacon (1561-1626, englischer Politiker und Philosoph)*

### 02.01.1956

**BRD:** Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneid der Bundeswehr lautet wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

### 03.01.1956

**DDR:** Das Fernsehprogramm des "Deutschen Fernsehfunks" nimmt am 3. Januar 1956 den offiziellen Sendebetrieb auf.

### 18.01.1956

**DDR:** Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nationale Volksarmee" (x009/304): >>Bezeichnung für die aus der früheren Kasernierten Volkspolizei hervorgegangenen Armee.

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet: Die Armee sei "für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und die Sicherheit der DDR" notwendig. Sie besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften. "Die zahlenmäßige Stärke wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der DDR, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung." ...<<

Der Fahneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautet wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten soziali-

stischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...

Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/290-291): >>Bereits die kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde mit dem Anspruch erzogen, sie sei die eigentlich berufene gesamtdeutsche Armee.

Seit dem 18.1.1956, seit der Umbenennung der KVP in Nationale Volksarmee (NVA) wird dieser Anspruch stärker betont. Sie soll "den Interessen des ganzen deutschen Volkes dienen ... auf der Wacht für die Sicherung des Friedens", so erklärte Stoph am 18.1.1956, als er die Errichtung des Ministeriums für Nationale Verteidigung ankündigte. Sie soll ein Machtinstrument werden, das entscheidend an der geplanten Bolschewisierung auch der Bundesrepublik mitwirkt. ...

Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des Ersten und Zweiten Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus erzogen werden. Deshalb untersteht die Volksarmee auch dem Oberkommando des Warschauer Beistandspaktes. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung.<<

### **27.01.1956**

**DDR:** Der Techniker W. Heldt und der Elektriker W. Rudert werden am 27. Januar 1956 vom Obersten Gericht der "DDR" wegen Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) zum Tod verurteilt.

Nach Protesten der Bundesrepublik Deutschland läßt Pieck (Präsident der Republik) die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandeln (x009/10-11).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Abwerbung" in der SBZ (x009/10-11): >>Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht, 1955 in der Rechtsprechung erstmalig in diesem Sinne gebraucht.

Seitdem wurde die Abwerbung als eine Erscheinungsform der Boykotthetze im Sinne des Art. 6 der Verfassung angesehen und als Staatsverbrechen mit schweren Strafen geahndet.

Die Strafpolitik nahm keine Rücksicht auf die eigene Verfassung, die in Art. 8 die Freizügigkeit, in Art. 10 das Recht auf Auswanderung garantiert. ... Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der "DDR" gesetzlich festgelegt.

Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren kann danach bestraft werden, wer es im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen unternimmt, eine Person zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Gefängnis nicht unter 6 Monaten ist für denjenigen angedroht, der es ohne besonderen Auftrag unternimmt, einen Jugendlichen, einen in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder eine Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten oder Leistungen (z.B. Sportler) mittels Drohung, Täuschung oder Versprechen zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Es kommt nach dieser gesetzlichen Neuregelung also nicht mehr darauf an, ob das Verlassen des "Abgeworbenen" auf legalem Wege oder durch "Republikflucht" erfolgen soll. Als Methode der Abwerbung erwähnt Jahn schon "die Verherrlichung der westdeutschen Verhältnisse ... Zu dieser Methode sind alle Fälle zu zählen, in denen die Täter auf angebliche Vorzüge im Westen hinweisen" ...

Eine besondere Rolle spielte die Abwerbung für die Begründung der Abriegelungsmaßnahmen des 13.8.1961 (Beginn des Mauerbaues in Berlin).

Die allgemeine Sprachregelung ging von Abwerbung auf "Menschenhandel" und "Kopfjäge-

rei" über. In 2 großen Prozessen vor dem Obersten Gericht im August 1961 wurden angebliche "Menschenhändler und Kopffjäger" zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Für das künftige Strafgesetzbuch wird eine Erweiterung des Tatbestandes der Abwerbung vorgeschlagen, die eine Rückkehr zur früheren Rechtsprechung gegen Boykotttätige bedeutet. "Die Abwerbung ... muß generell für strafbar erklärt werden, ... gleich gegen welche Personen sie sich richtet ..." ...<<

#### **28.01.1956**

**DDR:** Die DDR-Streitkräfte werden am 28. Januar 1956 in die Streitkräfte des Warschauer Beistandspaktes einbezogen.

#### **31.01.1956**

**BRD:** Der neugewählte saarländische Landtag beschließt am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

#### **04.02.1956**

**BRD:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Februar 1956 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150-152): >>4. Februar 1956. ... Die Umsiedlung deutscher Menschen aus den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten geht nun wieder weiter.

Heute traf ein Transport ein. Auch diesmal wurden die Umsiedler wieder, wie in den vergangenen Wochen, in polnischen Schnellzugwagen II. Klasse mit Schlafwagenabteil befördert. In versiegelten Güterwagen durften sie außerdem ihren gesamten Hausrat mitnehmen. Welcher Unterschied zu den Jahren nach dem Kriege ...

Ich sprach gestern mit Lagerleiter Dr. Freßen.

"Was meinen Sie, wie lange Friedland noch bestehen wird?"

"Das kann man beim besten Willen nicht sagen. Die Aussiedlungen gehen ja immer noch weiter. Und wer weiß, welche Aufgaben Friedland in den nächsten Jahren zugeteilt bekommt." ... In Friedland wurde die Liebe der Menschen zueinander wieder deutlich. Hier feierte die Brüderlichkeit und Solidarität Auferstehung. Tausendfach sah Friedland die guten Werke von Schwestern, von Helfern, von Menschen aller Kreise.

Friedland ist in diesen langen Jahren ein Symbol unserer Zeit geworden. Ein Ausdruck dessen, was Menschen unserer Tage durch sinnlose Taten anrichten, aber auch durch die Macht des guten Herzens wieder gutzumachen versuchen. ...<<

#### **15.02.1956**

**Berlin:** Das SED-Regime verbietet am 15. Februar 1956 den Religionsunterricht an Ost-Berliner Oberschulen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Verhinderung des Religionsunterrichtes (x009/215): >>Die scharfen Maßnahmen gegen kirchliche Jugendorganisationen und die am 15.2.1956 verfügte Behinderung des Religionsunterrichtes an den Schulen Ost-Berlins (Verbot des Religionsunterrichtes an den Oberschulen) zeigten erneut, wo die Hauptangriffe gegen die Kirchen geführt werden. ...<<

#### **21.02.1956**

**Rumänien:** In der Rumänischen Volksrepublik finden am 21. Februar 1956 allgemeine Volkszählungen statt.

Bei dieser Zählung geben 391.388 (2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung) Deutsch als Muttersprache an (x007/119E).

#### **25.02.1956**

**UdSSR:** Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) kritisiert im Verlauf des XX. Parteitages am 25. Februar 1956 erstmalig den Stalinismus (x058/315, x191/69-70, x128/63): >>... Nach dem Tode Stalins leitete das ZK der Partei eine Aufklärungspolitik ein, um mit zwingender Konsequenz nachzuweisen, daß es unzulässig und dem Geist des Marxismus-Leninismus zuwider ist, eine Person herauszuheben und sie zu ei-

nem Übermenschen zu machen, der gottähnliche, übernatürliche Eigenschaften besitzt, zu einem Menschen, der angeblich alles weiß, alles sieht, für alle denkt, alles kann und in seinem ganzen Verhalten unfehlbar ist. Ein solcher Glaube an einen Menschen, und zwar an Stalin, ist bei uns viele Jahre kultiviert worden.

Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte absolute Unterwerfung unter seine Meinung.

Wer sich seiner Konzeption widersetzte oder einen eigenen Standpunkt zu vertreten, die Korrektheit der eigenen Position zu beweisen suchte, wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet. Das zeigte sich in besonderem Maße in der Zeit nach dem XVII. Parteitag, als zahlreiche prominente Parteiführer und Parteimitglieder, die der Sache des Kommunismus mit aufrichtiger Hingebung dienten, dem Despotismus Stalins zum Opfer fielen. ...

Von Stalin stammt der Begriff des "Volksfeindes". Dieser Terminus machte es vornherein überflüssig, einer Person oder Personengruppe, die sich mit ihm im Widerspruch befand, ideologische Irrtümer nachzuweisen. ... Dieser Begriff des "Volksfeindes" machte jede Form des ideologischen Kampfes bzw. jede freie Meinungsäußerung zu dieser oder jener Frage, auch wenn sie rein praktischer Natur war, unmöglich. ...<<

>>... Die negativen Charakterzüge Stalins ... entfalteten sich immer stärker und führten in den letzten Jahren zu einem folgenschweren Mißbrauch der Macht durch Stalin. ... 1935-1938 begann die Massenunterdrückung durch den Regierungsapparat. Sie richtete sich zunächst gegen die Feinde des Leninismus. ... In der Folge griff sie aber auch auf zahlreiche aufrechte Kommunisten über, ... die die schwere Last des Bürgerkrieges, die ersten und schwierigsten Jahre der Industrialisierung und Kollektivierung getragen hatten.

In der Regel genügte als einziger Schuldbeweis, im Widerspruch zu allen Normen der Rechtswissenschaft, das "Geständnis" des Angeklagten selbst; wie sich später herausstellte, wurden die "Geständnisse" durch physischen (körperlichen) Druck von den Angeklagten erpreßt. ...<<

>>... Es hat sich erwiesen, daß viele Aktivisten der Partei, der Sowjets und der Wirtschaft, die in den Jahren 1937 bis 1938 zu "Volksfeinden" gestempelt worden waren, in Wirklichkeit niemals Feinde, Spione, Schädlinge usw. waren, sondern allzeit aufrechte Kommunisten.

Sie wurden nur als Feinde gebrandmarkt und bezichtigten sich oft selbst, weil sie die barbarischen Folterungen nicht länger ertragen konnten, nach den Weisungen der Untersuchungsrichter - und Wahrheitsverfälscher - aller möglichen schweren und unwahrscheinlichen Verbrechen. ...

Es wurde festgestellt, daß von den auf dem XVII. Parteitag gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei 98 Personen, das sind 70 %, in den Jahren 1937 bis 1938 verhaftet und liquidiert wurden (Entrüstung im Saale). ...

Das gleiche Schicksal ereilte nicht nur die Mitglieder des Zentralkomitees, sondern auch die Mehrzahl der Delegierten des XVII. Parteitages. Von 1.966 stimmberechtigten oder beratenden Delegierten wurden 1.108 Personen, also über die Hälfte aller Delegierten, unter der Beschuldigung gegenrevolutionärer Verbrechen verhaftet. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Tauwetter" in der Sowjetunion (x009/436): >>Im Westen geläufige Bezeichnung für die bisher umfassendste geistig-politische Oppositionswelle gegen bolschewistische Einseitigkeit in Herrschaftsausübung und Doktrin.

Als "Tauwetter" nach einem für diese Haltung repräsentativen Roman des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg genannt, begann die Oppositionsbewegung Anfang 1956, ausgelöst durch die scharfen Angriffe Chruschtschows und Mikojans auf entscheidende Elemente

des Stalinismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU. ...<<

### **15.03.1956**

**DDR:** Am 15. März 1956 wird die "Verordnung über Kosten im Strafverfahren" erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/431): >>... Obwohl die "Verordnung über Kosten im Strafverfahren" vom 15.3.1956 ausdrücklich vorschreibt, daß die Kosten, die beim Vollzug einer Freiheitsstrafe entstehen (Haftkosten), nicht mehr erhoben werden, werden den arbeitenden Gefangenen sehr erhebliche Abzüge für "Unterkunft, Verpflegung und Bewachung" gemacht, die bis zu 75 % des Arbeitslohnes erreichen.<<

### **01.04.1956**

**DDR:** Am 1. April 1956 tritt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sozialfürsorge" in der SBZ (x009/398-399): >>Seit dem 1.4.1956 gilt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge ...

Danach wird Sozialfürsorge für alle hilfsbedürftigen Personen, einschließlich Personen, die keine Zahlungen aus der Sozialversicherung erhalten, gewährt.

Als hilfsbedürftig im Sinne der Sozialfürsorge wird angesehen, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine arbeitsunfähigen Familienangehörigen nicht verdienen kann und keine ausreichenden Mittel von anderer Seite erhält oder erhalten kann. Als hilfsbedürftig gilt nicht, wer arbeitsfähig ist und eine zumutbare Arbeit ablehnt.

Hilfeleistung aus den Mitteln der Sozialfürsorge wird nicht gewährt in den Fällen, in denen der Hilfsbedürftige Einnahmen aus seinem Vermögen hat oder ihm eine Hilfeleistung in Höhe des für den betreffenden Ort festgesetzten Existenzminimums durch Dritte gewährt wird, die zum Unterhalt des Hilfsbedürftigen gesetzlich verpflichtet sind.

Die Sozialfürsorge wird durch die Räte der Gemeinden gewährt. Die Sozialfürsorge untersteht dem Ministerium für Gesundheitswesen, Hauptabteilung Sozialwesen. Die Referate Sozialfürsorge entscheiden über die Hilfsbedürftigkeit. ...

Die Sozialfürsorge gliedert sich in den allgemeinen Rahmen der Arbeits- und Sozialpolitik ein, d.h.: auch sie wird in die Wirtschaftsplanung einbezogen:

"... Wir können nicht einen Plan aufstellen, der die Zahl der Hilfsbedürftigen in der Sozialfürsorge für die Plandauer um einen bestimmten Prozentsatz reduziert, aber wir müssen den Personenkreis der Hilfsbedürftigen in seiner Zusammensetzung dauernd nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen überprüfen und kontrollieren, um sie den Organen für Arbeitsreserven in der Staatlichen Planung zur Kenntnis zu bringen" ("Arbeit und Sozialfürsorge", S. 328).

Die Sozialfürsorge ist daher nicht karitativ, sondern produktiv:

"Sie unterscheidet sich grundsätzlich von dem Begriff der bisherigen Wohlfahrtspflege, indem sie sich zu einer produktiven Fürsorge entwickelt hat, deren erste Maßnahmen im Arbeitsamt beginnen. So stehen Berufsausbildung, Umschulung und der Arbeitsplatznachweis an vorderster Stelle fürsorgerischer Maßnahmen, die durch die Organe der Kreisverwaltungen angestrebt und durchgeführt wurden" ("Arbeit und Sozialfürsorge", Ost-Berlin, S.327).

Die Barunterstützungen sind deshalb gering und betragen für Hauptunterstützungsempfänger 85 Deutsche Mark Ost, für ihre erwachsenen Angehörigen 30 Deutsche Mark Ost, für ein Kind 35 Deutsche Mark Ost monatlich. ...

... Auch hier wird, wie in der Sozialversicherung die Tendenz deutlich, möglichst viele Menschen zur Arbeit zu zwingen.

Das Referat Sozialfürsorge betreut außer den Unterstützungsempfängern die Insassen von Alters-, Pflege- und Siechen- sowie Blindenheimen, für die ganz oder teilweise die Kosten der Heimaufnahme von den Angehörigen nicht getragen werden können. Die Bewohner der Heime erhalten neben Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung ein geringes monatliches Taschengeld. Auch die Betreuung der Haftentlassenen gehört zum Aufgabengebiet des Referats.



Praktisch geschieht in dieser Beziehung sehr wenig. Die Sozialfürsorge zahlt ferner an Arbeitslose Differenzbeträge bis zur Höhe der Fürsorgesätze.<<

#### **06.05.1956**

**DDR:** Das ZK der SED stellt am 6. Mai 1956 klar, daß bei einer Wiedervereinigung die politischen und sozialen Errungenschaften der DDR erhalten bleiben müssen.

#### **11.06.1956**

**DDR:** Die SED-Regierung ruft am 11. Juni 1956 alle jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge auf, in die DDR zurückzukehren.

**BRD:** Der Bund der Vertriebenen (BvD) und der Verband der Landsmannschaften fordern am 11. Juni 1956 zum "Tag der deutschen Heimat 1956" die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Heimatrecht (x155/53-55): >>... Einem Volke wird von anderen Völkern nichts geschenkt es selbst muß in der Völkerfamilie sich Gehör und Anerkennung verschaffen. ... Für uns Deutsche ist die Selbstbestimmung noch lange nicht verwirklicht!

... "Heimat" umfaßt für uns die seit Generationen gewohnte Umgebung von Landschaft, Dorf, Stadt, von Nachbarn, Sitte, Brauchtum, von Beruf und Existenz. Sie umfaßt Materielles und Seelisches, ohne die der Mensch nicht leben kann. ...

Als Deutschland 1945 am Boden lag, bestimmten die Siegermächte in Ost und West die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. ... Die Siegermächte bestimmten und sanktionierten ferner die Austreibung von vielen Millionen Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den volksdeutschen Heimatgebieten außerhalb der Reichsgrenzen ...

Aber die 4 Siegermächte erklärten gleichzeitig - und zwar am 5. Juni 1945 -, daß sie die Grenzen Deutschlands später festlegen würden! ...

Diese Auffassung ist von westlichen Staatsmännern wiederholt bestätigt worden. Es ist bedeutsam, gerade in diesen Septembertagen daran zu erinnern, daß vor 10 Jahren der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 ausdrücklich erklärte, daß die Festlegung der deutschen Ostgrenze erst bei Gelegenheit der Friedensregelung erfolgen solle. Von hier ab datiert der Umschwung der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland, der mit eine Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg war. ...

Ganz anders die Sowjetunion und die von ihr abhängige Regierung in der Sowjetzone. Am 6. Juni unterzeichneten die verantwortlichen Staatsmänner dieser Regierung in Warschau eine Deklaration und ein deutsch-polnisches Grenzabkommen, wonach die Oder-Neiße-Linie eine unverletzliche Friedens- und Freundschaftsgrenze sei. ...

Schon am Tage darauf erklärte das britische Auswärtige Amt, die Sowjetzonenregierung sei gar nicht befugt, Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen zu überlassen; Großbritannien sei nicht der Auffassung, daß die Oder-Neiße-Linie endgültig sei. Und am 8. Juni sprach sich die Regierung der Vereinigten Staaten in ähnlichem Sinne aus. ...

Ein Lichtblick ist für uns die Entwicklung im Saargebiet. Dort hat sich trotz heftiger Widerstände und trotz manchem bedenklichen Schweigen das Selbstbestimmungsrecht doch Bahn gebrochen. Die Saar kehrt zurück, so wie es dem Willen der dortigen Bevölkerung entspricht. ...<<

#### **28.06.1956**

**BRD:** In einer Erklärung der deutschen Bundesregierung vom 28. Juni 1956 heißt es (x024/-281): >>Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der in der Vertreibung oder in der Unfreiheit lebenden Menschen und Völker. ...<<

#### **30.06.1956**

**Polen:** In Posen bricht Ende Juni 1956 ein Arbeiteraufstand aus.

Der Aufstand wird durch die polnische Armee und Polizeiverbände kurzfristig niedergeschla-

gen.

**UdSSR:** Das Zentralkomitee der KPdSU erklärt am 30. Juni 1956 zur "Überwindung des Personenkults und seiner Folgen" (x243/137): >>... Unser Land mußte in historisch kürzester Frist ohne jede wirtschaftliche Hilfe von außen seine jahrhundertelange Rückständigkeit beseitigen und die gesamte Volkswirtschaft auf neuen, sozialistischen Grundlagen umgestalten. Die komplizierte internationale und innere Lage erforderte eiserne Disziplin und ständige Erhöhung der Wachsamkeit sowie strengste Zentralisierung der Führung. ...

Zweifellos besagen die Tatsachen, daß Stalin an vielen Ungesetzlichkeiten schuld ist, die besonders in der letzten Zeit seines Lebens begangen wurden. Gleichzeitig darf man jedoch nicht vergessen, daß die Sowjetmenschen Stalin als einen Menschen kannten, der stets für den Schutz der Sowjetunion ... und für die Sache des Sozialismus kämpft. ...

Jedes Auftreten gegen ihn wäre unter diesen Bedingungen vom Volk nicht verstanden worden. ... Darüber hinaus wäre ein derartiges Auftreten ... als ein Zeichen gegen den Aufbau des Sozialismus, als in der Atmosphäre der kapitalistischen Einkreisung äußerst gefährliche Untergrabung der Einheit der Partei und des ganzen Staates angesehen worden.<<

### **01.07.1956**

**DDR:** Fast alle ehemaligen Offiziere der Deutschen Wehrmacht werden ab 1. Juli 1956 aus den Kommandostellen der Nationalen Volksarmee entfernt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/291): >>Die zielbewußte Militärpolitik der SED hat der Armee und den Polizeitruppen eine beträchtliche Kampfkraft gegeben. Dies gilt auch für große Teile der ... Milizen. Man darf diese Gefahr für die nichtkommunistische Welt nicht unterschätzen.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß das unablässige Bemühen der SED, aus der Armee (und den Polizeitruppen wie den Milizen) eine starr kommunistische Parteiarmee zu machen, schwere Konflikte in die Armee trägt. Es führt zu schweren Spannungen mit den soldatischen Kräften der Armee und den menschlich-freiheitlichen Elementen unter den Soldaten und auch Offizieren. Die nicht geringe Zahl jener Soldaten und Polizeisoldaten, die in die Bundesrepublik fliehen, ist aufschlußreich.

So verschärfen sich seit Mitte 1956 die schon lange bestehenden Unstimmigkeiten zwischen jenen Offizieren, die mehr militärisch als parteipolitisch denken, und den vorwiegend kommunistisch geschulten Offizieren und Polit-Offizieren. Fast alle Offiziere, die aus der Deutschen Wehrmacht stammen und die KVP mitaufgebaut haben, wurden ... aus Kommandostellen entfernt, nicht wenige entlassen. ...<<

### **07.07.1956**

**BRD:** Der Bundestag beschließt am 17. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren.

Das Gesetz gilt nicht in West-Berlin.

### **17.07.1956**

**DDR:** Um die Finanz- und Wirtschaftsnot der SBZ zu beheben und um sie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, erläßt die UdSSR dem SED-Regime am 17. Juli 1956 die Hälfte der Besatzungskosten und gewährt zusätzlich beträchtliche Kredite.

### **20.07.1956**

**DDR:** Gemäß "Verordnung über das Berichtswesen in der DDR" vom 20. Juli 1956 sind sämtliche statistischen Erhebungen nur mit Genehmigung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zulässig.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Statistik" in der SBZ (x009/425): >>Als amtliche Statistik werden allgemein alle statistischen Arbeiten bezeichnet, die von der Staatsverwaltung durchgeführt werden und auf rechtsverbindlichen An-

ordnungen beruhen.

Ihr Umfang und Inhalt sind seit jeher von den Aufgaben abhängig, die sich der Staat stellt und von der Art der Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen, die er ergreift, um diese Aufgaben durchzuführen.

In der SBZ wird die Statistik als selbständige Gesellschaftswissenschaft angesehen. Ihre "theoretischen Grundlagen sind der historische Materialismus und die politische Ökonomie des Marxismus-Leninismus". Die Statistik ist Teil des zentralen Verwaltungsapparates und ein Instrument der politischen Zielsetzungen.

Die "Staatliche Zentralverwaltung für Statistik" ist für alle Fragen der Statistik und des damit im Zusammenhang stehenden Rechnungswesens verantwortlich. Ihre Bezirks- und Kreisstellen arbeiten nur auf zentrale Anweisung. ... Die "Verordnung über die Aufgaben und Organisation der Statistik der DDR" vom 20.7.1956 unterstellte die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik dem Ministerrat. ... Verstöße gegen die Genehmigungspflicht werden streng bestraft. Ebenso macht sich strafbar, wer auf Berichtsbogen falsche Angaben macht oder diese Bogen verspätet abgibt.

Die Auswertung der Fragebogen erfolgt verschlüsselt bei der zentralen Hollerithstation der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Da der Maschinenpark stark veraltet ist und nicht die erforderliche Kapazität besitzt, will man bis 1965 32 elektronische Rechenzentren des "VEB Maschinelles Rechnen" einrichten.

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik hat folgende Aufgaben: Sie prüft die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und die Materialversorgungspläne, sie kontrolliert die Berichterstattung bei Verwaltungen und Betrieben, sie faßt das statistische Material zusammen und gibt es an die Regierung weiter, sie stellt volkswirtschaftliche Bilanzen auf und führt eigene statistische Erhebungen durch. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Beschaffung von "Vergleichsmaterial" aller Art.

Auch Statistiken der BRD werden analysiert, nach materiellen und propagandistischen Gesichtspunkten ausgewertet und publiziert, wobei vielfach bestehende Unterschiede in den Erhebungsmethoden verschwiegen und Zahlen gegenübergestellt werden, die nicht vergleichbar sind. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rechnungswesen" in der SBZ (x009/349): >>Während in einer Marktwirtschaft das Rechnungswesen hauptsächlich der Erfolgsrechnung dient, ist es in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs ein Mittel zur Kontrolle der Planerfüllung.

Die systematischen Merkmale des sowjetischen Rechnungswesens sind:

1. Die Buchführungsvorschriften sind vor allem ein Mittel der Plankontrolle. Ziel der Rechnungslegung ist die Plan-Ist-Abrechnung in wechselseitiger Verflechtung von Betriebsplan und Volkswirtschaftsplan und Staatshaushaltsplan.

2. Die Kostenrechnung wird nicht durch die tatsächlich entstehenden Kosten, sondern durch Normen bestimmt (Materialverbrauchsnormen, Arbeitsnormen, Abschreibungsnormen). Sie ist ähnlich wie die Buchführung hauptsächlich auf einem Soll-Ist-Vergleich abgestellt. ... Eine untergeordnete Rolle spielen preiskalkulatorische Gesichtspunkte.

Bestimmte Kostenelemente (wie Unternehmerlohn, kalkulatorische Zinsen, Wagniszuschläge) haben den Kostencharakter generell verloren, oder es wird nach "sozialökonomischen Formationen" differenziert (so werden in der Privatwirtschaft bestimmte Lohnkostenanteile dem Gewinn zugeschlagen, während sie in der Volkseigenen Wirtschaft als abzugsfähig anerkannt sind).

3. Es gibt kein Nebeneinander von Handels- und Steuerbilanz. Für die Bilanzaufstellung gibt es ein vielgliedriges Bilanzschema und eine Vielzahl ergänzender Formulare (Kontrollbericht mit Kontrollblättern als Erläuterung).

Die Bewertung der Anlagemittel (Grundmittel) erfolgt nach dem Anschaffungswert zuzüglich Transport- und Montagekosten. Daraus resultiert, daß gleichartige Anlagegegenstände nicht immer mit einem zwischenbetrieblich vergleichbaren Wert angesetzt werden können und somit Selbstkosten und Rentabilität beeinträchtigen. Nach dem sowjetischen Muster nimmt deshalb die SBZ eine Umbewertung der Anlagemittel nach dem Wiederbeschaffungspreis vor.

Die Umlaufmittel werden im wesentlichen, ihrem Umschlag entsprechend, zu Ist-Kosten bewertet. Warenvorräte werden zu Selbstkosten und Forderungen zum Nennwert ausgewiesen. Die zahlenmäßige Erweiterung der Festpreisanordnungen erforderte wegen Änderung der Preisbasis Umbewertungen der Umlaufmittel.

2. Kriterium der Rentabilität der VEB ist der Grad der Planerfüllung.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Hauptbuchhalter" in der SBZ (x009/175-176): >>Staatsfunktionär, dessen Aufgaben in einer Verordnung von 1955 festgelegt sind.

Der Hauptbuchhalter hat mit beträchtlichen Vollmachten in den Staats- und Genossenschaftsbetrieben das Finanzwesen, die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes und die Planabrechnung zu kontrollieren. Deshalb unterstehen alle im Rechnungswesen und in der Revision beschäftigten dem Hauptbuchhalter direkt. Sämtliche Zahlungen des Betriebes müssen seinen Kontrollvermerk tragen. Er ist voll verantwortlich für die Bilanz.

Der Hauptbuchhalter wird von seiner übergeordneten Dienststelle mit Zustimmung des dortigen Hauptbuchhalters ernannt und abberufen. Der kaufmännische Leiter des Betriebes hat durch die Funktionen des Hauptbuchhalters wesentlich an Bedeutung verloren.<<

**24.07.1956**

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

**29.07.1956**

DDR: Das ZK der SED hebt am 29. Juli 1956 die Haftstrafen für ehemalige Parteimitglieder (Ackermann, Dahlem, Jendretzky und andere) auf und rehabilitiert sie.

**06.08.1956**

DDR: Das SED-Regime erläßt am 6. August 1956 eine Anordnung, um den Lehrermangel zu beheben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Anordnung (x009/258): >>Der wachsende Lehrerberuf hat zu Bemühungen um die Heranziehung von Produktionsarbeitern zum Lehrerstudium der ersten beiden Kategorien geführt (Anordnung vom 6.8.1956). Vielfach haben sie Vorkurse durchlaufen.

Die Absolventen der angeführten Studiengänge, aber auch der Pädagogischen Schulen für Kindergärten und der Institute für Heim- und Horterzieher haben eine 2jährige Probezeit zu absolvieren, die evtl. auf ein Jahr verkürzt werden kann. ...<<

**17.08.1956**

BRD: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

In der Begründung des KPD-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 heißt es (x243/174): >>... Die freiheitliche demokratische Grundordnung nimmt die bestehenden historisch gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen zunächst als gegeben hin. ... (Sie geht davon aus), daß sie verbesserungsfähig und -bedürftig (ist. Sie) lehnt die Auffassung ab, daß die geschichtliche Entwicklung durch ein wissenschaftlich anerkanntes Endziel (vorausbestimmt) sei.

Vielmehr gestalten die Menschen selbst ihre Entwicklung durch Gemeinschaftsentscheidun-

gen, die immer nur in der größten Freiheit zu treffen sind. ...

Dem Bürger wird eine freie Sphäre durch die Anerkennung von Grundrechten und ein weitgehender Schutz durch unabhängige Gerichte gesichert. Dem Schutz des ganzen Systems dient ... die Verfassungsgerichtsbarkeit.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "KPD" in der SBZ (x009/229-230): >>Abkürzung für Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet am 30.12.1918. Hauptforderung: Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland ... In der NS-Zeit verboten, illegale Weiterarbeit. ...

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der KP-Führung am 19./20.4.1946 in der SBZ (vollzog man die) Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen in Westdeutschland am 14.2.1947 Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft" von SED und westdeutscher KPD mit Sitz in Ost-Berlin.

Im Januar 1949 kündigte die KPD die Arbeitsgemeinschaft (mit der SED) und vollzog die organisatorische Trennung von der SED. Sie wurde jedoch auch weiterhin von der Westkommission, später der gesamtdeutschen Abteilung beim ZK der SED und schließlich von der Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit angeleitet.

Die KPD nahm im Parlamentarischen Rat an der Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik teil, ihre Vertreter verweigerten jedoch bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Trotzdem beteiligte sich die KPD an den Wahlen und war im ersten Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum zweiten Bundestag erhielten sie nur 2,2 % aller abgegebenen Stimmen.

Am 17.8.1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich verboten, seitdem illegal. Der 1. Sekretär, Max Reimann, sowie alle anderen Mitglieder des Politbüros der KPD halten sich in der SBZ auf. Die Finanzierung erfolgt durch die SED.

Die in der SED-Presse erscheinenden Berichte über KPD-Veranstaltungen in der Bundesrepublik wollen den Eindruck erwecken, es existiere eine intakte Parteiorganisation. In Wirklichkeit finden alle größeren Zusammenkünfte und Parteitage in der SBZ statt.

Zur Zeit ihres Verbots hatte die KPD zwischen 60.000 und 70.000 Mitglieder, von denen allenfalls noch ein Zehntel im Untergrund tätig ist. (1947: 324.000 KPD-Mitglieder). Von der SED erhält die KPD jährlich 12 bis 13 Millionen DM West. ...<<

### **30.08.1956**

**DDR:** Die Volkskammer nimmt am 30. August 1956 zwei Gesetze zur "Demokratisierung" an.

### **04.09.1956**

**BRD:** Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erklärt am 4. September 1956 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/56): >>... Die Selbstbestimmung ist als Prinzip des Völkerrechts weitgehend anerkannt. Auf dieses Prinzip darf sich jedoch nur berufen, wer bereit ist, es umfassend und allgemein gelten zu lassen und zu verwirklichen. Wer es nur einseitigen Machtinteressen dienstbar machen will, der verfälscht und mißbraucht heiliges Menschenrecht.

... Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und die Lostrennung von Gebieten, die jahrhundertlang dem deutschen Staatsverband angehörten, ohne Befragung der Bevölkerung, haben das Prinzip der Selbstbestimmung in einem noch nicht dagewesenen barbarischen Ausmaße verletzt. ...<<

### **30.09.1956**

**BRD:** Am 30. September 1956 fehlen in Westdeutschland noch rd. 2 Millionen Wohnungen (x069/215). Die Wohnungsnot ist längst noch nicht behoben.

### **08.10.1956**

**BRD:** Die "BILD-Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1956: >>**DGB fordert 40-Stunden-Woche** ... Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert auf seinem 4. Bundeskongreß u.a.: 40-Stunden-Woche, gegen Samstagarbeit ("Samstags gehört Vati mir"), Sozial- und Rentenreform, Kontrolle der Automatisierung. ...<<

### **11.10.1956**

**BRD:** Der Bundestag beschließt am 11. Oktober 1956 die Einrichtung einer zentralen "Verkehrssünder Kartei" in Flensburg, um Autofahrer, die wiederholt gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen, ausfindig zu machen.

### **20.10.1956**

**Polen:** Der polnische KP-Politiker Gomulka (während der Stalinära zeitweise in Gefängnishaft) wird am 20. Oktober 1956 zum 1. ZK-Sekretär gewählt und setzt sich für einen gemäßigten Reformkurs ein ("polnischer Frühling im Oktober").

### **23.10.1956**

**Ungarn:** Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes fordert) entwickeln sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.

Der ungarische Volksaufstand wird daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Volksaufstand in Ungarn (x009/436): >>... Politische Höhepunkte der auf Liberalisierung und Revision der bolschewistischen Dogmen und der bolschewistischen Herrschaftsausübung gerichteten Gegenbewegung waren die im Oktober 1956 in Ungarn gipfelnden Partei- und Volkserhebungen gegen die Stalinisten in den eigenen Führungen und den Hegemonieanspruch der UdSSR.

Während in Polen ein Kompromiß zustande kam, wurde die zum Bürgerkrieg entwickelte ungarische Erhebung blutig niedergeschlagen.

Von da an wurde die Liberalisierungswelle des Tauwetters, die zunächst auch in den politischen, wissenschaftlichen und literarischen Führungskreisen der UdSSR eine gewisse Resonanz hatte, von der gesamten bolschewistischen Führerschaft entschlossen bekämpft, da diese - sicher zu Recht - für den Fall weiterer Nachgiebigkeit um die Existenz ihrer Regime bangen mußte. Lediglich in Polen und z.T. in Ungarn hat sich eine gewisse bis heute fortdauernde Liberalisierung behauptet.

In der SBZ war das Tauwetter im wesentlichen auf den Bereich der theoretischen Auseinandersetzungen beschränkt. ... Nach dem ungarischen Zusammenbruch hat sich auch in der SBZ die radikale Gruppe Ulbrichts wieder mit sowjetischer Hilfe voll durchsetzen können. Eine Kampagne zur scharfen Reglementierung von Wissenschaft, Kunst und Hochschulwesen lief an.<<

### **24.10.1956**

**Polen:** Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 24. Oktober 1956 während einer Massenveranstaltung in Warschau (x125/175): >>... Solange es Stützpunkte der NATO in Westdeutschland gibt, solange die neue Wehrmacht dort aufgerichtet wird und Chauvinismus und Revanchismus gegen unsere Grenzen anstiftet, entspricht die Anwesenheit der Sowjetarmee in Deutschland unserer höchsten Staatsräson.

Dies steht auch in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiter der DDR, gegen welche diese Rüstungen und Drohungen der Militär- und Revanchekreise Westdeutschlands ebenfalls gerichtet sind.

In dieser Lage sollten wir mit größter Entschlossenheit allen Versuchen einer antisowjetischen Agitation Widerstand leisten, die durch reaktionäre und volksfeindliche Kräfte unternommen wird, sowie allen Manövern der internationalen Reaktion, welche das Bündnis zwischen unseren brüderlichen Nationen schwächen wollen.<<

#### **04.11.1956**

**Ungarn:** Der ungarische Sender "Petöfi" ruft am 4. November 1956 das Ausland um Hilfe (x128/73): >>Völker der Welt! Hört uns - helft uns!

Nicht mit Erklärungen, sondern mit Taten, mit Soldaten, mit Waffen!

Vergeßt nicht, daß es für die Sowjets bei ihrem brutalen Ansturm kein Halten gibt. Wenn wir untergegangen sind, werdet ihr das nächste Opfer sein. Rettet unsere Seelen! ...

Völker der Welt!

Im Namen der Gerechtigkeit, der Freiheit und des verpflichtenden Prinzips der tatkräftigen Solidarität, helft uns!

Das Schiff sinkt, das Licht schwindet, die Schatten werden von Stunde zu Stunde dunkler über der Erde Ungarns.

Hört den Schrei, Völker der Welt, und handelt. Reicht uns Eure brüderliche Hand.

SOS! SOS! Gott sei mich Euch!<<

#### **05.11.1956**

**UdSSR:** Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin (1895-1975) warnt am 5. November 1956 den britischen Premierminister Eden (x299/175): >>... Würden Raketenwaffen gegen England oder Frankreich eingesetzt, so würden Sie das sicherlich als ein barbarisches Vorgehen bezeichnen! ...

Wir sind fest entschlossen, durch Einsatz von Gewalt die Aggressoren zurückzuschlagen und den Frieden im Nahen Osten (Suez-Krise) wiederherzustellen.<<

#### **06.11.1956**

**USA:** Eisenhower kandidiert erneut für die Republikaner und gewinnt am 6. November 1956 zum 2. Mal die US-Präsidentenwahl.

#### **08.11.1956**

**BRD:** Bundeskanzler Adenauer erläutert in seiner Regierungserklärung vom 8. November 1956 die deutsch-polnischen Gegensätze (x125/131): >>... Unter einem "freien Polen" mit dem wir zu geordneten Beziehungen und zur Regelung aller Streitfragen zu kommen wünschen, verstehe ich ein Polen, das die volle Verfügungsgewalt eines souveränen Staates über seine inneren und äußeren Angelegenheiten besitzt. ...<<

#### **14.11.1956**

**DDR:** Während der 29. Sitzung verlangt das ZK der SED am 14. November 1956, daß die Kampfgruppen eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf" erhalten sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/209): >>... Nach dem Volksaufstand in Ungarn verlangte das ZK der SED auf seiner 29. Sitzung (14.11.1956) eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf". Die Kampfgruppen lösen, so wurde betont, ihre Aufgaben "gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee". ... SED-Mitglieder und zuverlässige Parteilose im Alter von 25-60 Jahren werden von den örtlichen SED-Parteileitungen dienstverpflichtet.

Die Kampfgruppenkommandeure und Unterführer werden teils von der NVA, teils in besonderen Schulen ausgebildet. Auch ehemalige Offiziere der NVA werden in die Stäbe der Kampfgruppen aufgenommen, um das Kampfgruppen-Führerkorps zu heben. Verantwortliche Ausbilder sind Instrukteure der Volkspolizei, die SED-Mitglieder sein müssen. Politkommis-sare einer jeden Einheit ist der Sekretär der zuständigen Parteileitung. Frauen werden nur als

Sanitäterinnen eingesetzt. Ausbildung: 4 Stunden wöchentlich, zusätzlich zur Arbeitszeit an Infanteriewaffen und im Gelände.

Die Waffen der Kampfgruppen, zu denen auch mittelschwere Infanterie-Begleitwaffen kommen (Schützen-Panzerwagen, schweres MG, schwere Granatwerfer, Pak), werden von der Vopo aufbewahrt. ...<<

**UdSSR:** Am 14. November 1956 finden in Moskau sowjetisch-polnische Verhandlungen über die Stationierung sowjetischer Truppen in Polen statt (x125/177-178): >>Gomulka nahm den sowjetischen Führern ihre wichtigsten Argumente vorweg, als er bereits auf dem Bahnhof in Moskau erklärte, Polen sei, weil die westliche Welt die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkenne, auf die Freundschaft der UdSSR angewiesen. ...

Da der östliche Bundesgenosse der einzig Garant seiner staatlichen Existenz sei, müsse es, solange die seine westlichen Grenzen bedrohende internationale Lage (NATO) bestehe, mit der Stationierung sowjetischer Truppen auf polnischem Territorium einverstanden sein. ...<<

### **22.11.1956**

**DDR:** In der DDR wird am 22. November 1956 ein Komitee für Touristik und Wandern gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Touristik" in der SBZ (x009/443-444): >>Am 22.11.1956 konstituierte sich ein Komitee für Touristik und Wandern, das aus Vertretern der Massenorganisationen und "erfahrenen Fachleuten der Touristen- und Wanderbewegung" besteht und dessen Hauptaufgabe die "Erhöhung des politisch-erzieherischen, des fachlichen und kulturellen Niveaus der Touristen- und Wanderbewegung sein soll ("Jahrbuch der DDR", 1957).

Auf "gut geplante Kollektivfahrten" soll dabei mehr Wert gelegt werden als auf "Einzelgänger", "um auch dabei den organisierten Massensport zu entwickeln" ("Presse - Informationen", 5.2.1958). ...

Unter der Kontrolle der Ämter organisieren die Komitees die Touristen- und Wanderbewegung besonders unter der Jugend, erschließen und markieren Wanderrouen, planen und überwachen die Wanderliteratur, sorgen für die Errichtung von Wanderunterkünften und Zeltplätzen, leiten die Arbeit dort und in den Jugendherbergen an, sollen schließlich das Wandersparen betreiben und die internationalen touristischen Beziehungen pflegen.

Das Komitee für Touristik und Wandern organisiert auch Wandertreffen mit mehr oder weniger verhüllter SED-Propaganda. Reisen in die Sowjetunion werden besonders verbilligt und gefördert.

... Es gibt ein Herbergs- und ein Zeltlagerverzeichnis; bis zum Frühjahr 1960 erwarben etwa 75.000 Touristen die Touristenabzeichen in Bronze, Silber und Gold. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Feriendienst des FDGB" in der SBZ (x009/126): >>Der Feriendienst des FDGB wurde 1947 eingeführt, um den Mitgliedern des FDGB ein 14tägige, billige Urlaubsreise in organisierter Form zu ermöglichen.

Der Feriendienst des FDGB erhält hohe Zuschüsse von der Regierung. Die Urlauber werden in gewerkschaftseigenen Vertragsheimen untergebracht. ... Die Zahl der Ferienreisenden beträgt seit 1955 konstant etwas über eine Million.

Da außerhalb des Feriendienstes des FDGB kaum ein Ferienquartier zu erlangen ist, ergibt sich aus der Zahl der FDGB-Ferienreisenden, daß höchstens jeder 15. Bewohner der SBZ eine verbilligte Ferienreise machen kann.

Seit 1959 verfügt der FDGB über Passagierschiffe "Völkerfreundschaft" (das frühere schwedische Schiff "Stockholm", bekannt durch den Zusammenstoß mit der "Andrea Doria") und "Fritz Heckert", finanziert zum großen Teil durch die Steckenpferdbewegung, mit dem besonders bevorzugte Aktivisten See- und Auslandsreisen in die Länder der Volksdemokratien nach



dem Muster der KdF-Reisen machen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Reiseverkehr" in der SBZ (x009/364): >>Der Inlandsverkehr in der SBZ unterliegt keinen Beschränkungen.

Der Feriendienst des FDGB hat die überwiegende Zahl der im Inland verfügbaren Urlaubsplätze mit Beschlag belegt. Damit unterliegt der Großteil des Reiseverkehrs der Kontrolle des Regimes. Auch die Touristik wird aus politischen Gründen durch Leitstellen "gesteuert".

Zu Auslandsreisen sind nur bestimmte Personenkreise zugelassen. Für Angehörige der Intelligenz reserviert der "Förderausschuß für Angehörige der Intelligenz beim Ministerrat" den größten Teil der verfügbaren Auslandsplätze. Die danach verbleibenden Plätze werden durch das Deutsche Reisebüro der SBZ den Massenorganisationen angeboten. Da das Angebot sehr knapp ist, bleibt für die "normale" Bevölkerung kaum etwas übrig.

Plätze zu Reisen in die Sowjetunion und in die Sowjetblockländer sind verhältnismäßig leicht und auch preiswert zu erhalten. In das "kapitalistische Ausland" gibt es nur Reisemöglichkeiten nach Nicht-NATO-Staaten, also z.B. Österreich, Ägypten, Schweden, Finnland, Jugoslawien usw. Valutamäßig müssen sich Auslandsreisen im Ein- und Ausgang decken, d.h. es werden nur insoweit Reiseplätze zur Verfügung gestellt, als Ausländer die SBZ besuchen.

...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freizeitgestaltung" in der SBZ (x009/141): >>Im Parteijargon erst in letzter Zeit übernommener Begriff, der besonders im Hinblick auf die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit entwickelt wurde.

Nachdem Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU für 1965 die 35-Stunden-Woche proklamiert hat, sehen sich die bolschewistischen Funktionäre vor die Frage gestellt, wie das mit wachsender Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsabläufe zu erwartende Mehr an Freizeit der Konsolidierung des Bolschewismus dienstbar gemacht werden kann und nicht vielmehr zu einer Stärkung des Individualismus und der Privatsphäre führt.

Verfestigung der sozialistischen Moral, Erweiterung des Netzes der parteilich gelenkten Massenarbeit, neue Formen der Kollektivität des Zusammenlebens sowie Ausbau der "freiwilligen" Feierabendarbeit im Nationalen Aufbauwerk sind als wesentliche Maßnahmen gedacht, um die Massen auch bei verkürzter Arbeitszeit eng an die Partei gebunden zu halten. ...<<

**29.11.1956**

**DDR:** Das ZK der SED läßt am 29. November 1956 Regimekritiker (Harich und andere "Abweichler") verhaften.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Abweichungen" in der SBZ (x009/10): >>Stehender Begriff des Parteijargons für Auffassungen, die nicht der als "Generallinie" vom ZK der KPdSU in Moskau bzw. von den periodisch durchgeführten Konferenzen und Führungen der bolschewistischen Parteien verkündeten Lehre des Marxismus-Leninismus und ihrer häufig wechselnden Auslegung entsprechen: sie werden seit Lenin auf das schärfste bekämpft.

Abweichungen gelten nicht nur als Verstoß gegen die Parteidisziplin, sondern auch als Verrat am Sozialismus und an den Interessen der Arbeiterklassen, die den Interessen des Volkes gleichgesetzt werden. Je nachdem, ob die Abweichungen, gemessen an der jeweils "gültigen Parteilinie", zum Radikalismus oder zur Mäßigung bzw. zum Ausgleich mit den Gegnern neigen, werden sie als Linksabweichungen oder Rechtsabweichungen gebrandmarkt.

Zur Bekämpfung aller Abweichungen wird immer wieder die revolutionäre Wachsamkeit der Parteimitglieder gefordert. Abweichungen innerhalb der kommunistischen Parteien werden in leichten Fällen durch das Verfahren der Kritik und Selbstkritik ausgemerzt. In schweren Fällen, und wenn die Betroffenen nicht widerrufen, ist Parteiausschluß die Folge; außerdem (wenigstens bis zum XX. Parteitag der KPdSU von 1956) gegebenenfalls gesellschaftliche Vernichtung in Zwangsarbeitslagern oder Liquidierung mit oder ohne Gerichtsverfahren.<<

## **11.12.1956**

**DDR:** Der Minister für Volksbildung erläßt am 11. Dezember 1956 eine Anordnung über die Errichtung von Jugendwerkhöfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugendwerkhöfe" in der SBZ (x009/203): >>Angeblich neue Form von Zwangserziehungsheimen, geht auf den Gedanken und Versuche des sowjetischen Pädagogen Makarenko zurück.

In der Anordnung über die Durchführung der Aufgaben in den Jugendwerkhöfen, die der Minister für Volksbildung am 11.12.1956 erlassen hat, werden Jugendwerkhöfe als "Erziehungseinrichtungen" bezeichnet, "in denen erziehungsschwierige Jugendliche entsprechend dem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft und zu bewußten Bürgern der DDR erzogen" und mit Hilfe der Patenschaftsbetriebe ... zu qualifizierten Arbeitern entwickelt werden.

Für sog. politische Delikte kommen Einweisungen in Jugendwerkhöfe nicht in Frage. Vorzeitige Entlassung aus Jugendwerkhöfen erfolgt nur bei Meldung zur Nationalen Volksarmee.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Heimerziehung" in der SBZ (x009/177): >>Die Heimerziehung hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, deren Erziehung nicht durch das Elternhaus gesichert ist, mit Hilfe der Schule zu betreuen. ...

Kinder und Jugendliche, die auf Grund häuslicher Verhältnisse erziehungsschwierig oder straffällig wurden, werden überwiegend in Spezialheime eingewiesen. Neben Spezialkinderheimen für Ober- und Hilfsschüler gibt es Jugendwerkhöfe. ...

Die Einweisung in Jugendwerkhöfe erfolgt auf Grund von Entscheidungen der Jugendgerichte oder werden vom Rat des Kreises angeordnet. ...<<

## **17.12.1956**

**Frankreich:** André Stil (1921-2004, 1950-1959 Chefredakteur der "Humanité", seit 1977 Mitglied der Académie Goncourt) berichtet am 17. Dezember 1956 über den Volksaufstand in Ungarn (x075/193): >>... Aber wer kämpft denn?

Zunächst einmal die Faschisten, die Konterrevolutionäre, die darauf vorbereitet sind, dafür ausgerüstet und organisiert sind. Dann jenes besondere Lumpenproletariat – nach wie vor die Wunde der Hauptstädte der Volksdemokratien und zum Teil zusammen mit den erstgenannten der Abschaum der abgesetzten Klassen -, die Schieber und die Müßiggänger. ... Hinzu kommen Tausende von Strafgefangenen, deren Freilassung ohne Unterschied eine der ersten Taten der Konterrevolution war. ...

Natürlich kämpften alle diese feinen Herrschaften, um wie der "Franc-Tireur" zu sprechen, für die Freiheit, für ihre Freiheit!

Eine bewaffnete Gruppe vom Boulevard Ferenc im IX. Bezirk wurde von einer ehemaligen Prostituierten angeführt, die nicht nüchtern wurde, solange der Aufstand dauerte, und die ganz junge Leute in den Kampf hineinzog, man kann sich gut vorstellen, in welchem moralischen Klima. ...

Die Sowjetarmee hat sich nicht als Feind verhalten, sondern sie hat wie immer das Volk unterstützt und verteidigt.<<

## **1956**

**DDR:** Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1956 werden erstmalig Zahlen über die Kriminalität in der Sowjetzone veröffentlicht.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kriminalität in der SBZ (x009/237-238): >>... Seit 1956 sucht die SED mit Hilfe der Kriminalitätsstatistik zu beweisen, daß die Kriminalität in der sozialistischen Gesellschaft ständig abnimmt.

Gegenüber 1946 soll die Kriminalität bis 1960 auf 27,7 % zurückgegangen sein und um mehr als 50 % geringer sein als jemals in Deutschland seit 1882.

Demgegenüber steige die Kriminalität in der Bundesrepublik immer mehr an. 803 Straftaten pro 100.000 strafmündiger Personen werden 3.660 Straftaten in der Bundesrepublik gegenübergestellt. Dieses Verhältnis ändert sich allerdings schon wesentlich, wenn man Verkehrsdelikte ausklammert, die in der Bundesrepublik 1958 etwa 35 %, in der SBZ dagegen infolge des wesentlich geringeren Verkehrs nur etwa 6 % aller Straftaten ausgemacht haben.

Die Kriminalitätsstatistik muß mit allen Vorbehalten betrachtet werden, die grundsätzlich gegenüber Ergebnissen sowjetzonaler Statistiken angebracht sind. Die Zahlen sollen nicht objektiv informieren, sondern die These der SED beweisen, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung dem kapitalistischen Staatswesen überlegen ist. Während die Kriminalität im Kapitalismus eine unvermeidbare Erscheinung sei, die man nicht hinwegdenken könne, werde die Kriminalität mit der Vollendung des sozialistischen Aufbaus völlig überwunden, weil es "in der DDR keine unaufhebbaren Ursachen für das Verbrechen" gebe ("Neue Justiz 1960, S. 614).

Nach den Propagandabeauptungen der SED hat sich "die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR ständig gefestigt" und in steigendem Maße "die Reste des egoistischen menschenfeindlichen Denkens und Handelns aus der kapitalistischen Zeit überwunden und neue sozialistische Beziehungen der Menschen untereinander entwickelt". Dadurch werde "der Begehung von Verbrechen und Vergehen immer mehr der Boden entzogen und die bewußte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit gewährleistet" ...

Die Entwicklung der Kriminalität wird also als Gradmesser der sozialistischen Umwälzung betrachtet.

Vorsorglich wird jedoch erklärt, daß das Tempo der Verdrängung der Kriminalität nicht nur von der inneren Entwicklung in der SBZ abhängig sei. Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion, sei die SBZ besonders stark durch die Einwirkungen des "Klassenfeindes" und der "imperialistischen Propaganda" ausgesetzt.

Diese "unmittelbaren, un gelenkten und spontanen Einflüsse des Kapitalismus von außen ("Angriffe und Bestrebungen konterrevolutionären Charakters") und die "in Wort, Schrift und Bild (Fernsehen) von Westdeutschland und West-Berlin ausgehende Atmosphäre, die die Keime des Verbrechens ausspeit" (Neue Justiz 1958, S. 402) werden als eine der Hauptsachen der noch vorhandenen Kriminalität bezeichnet.

Die zahlreichen Besucher, Umsiedler und Rückkehrer aus Westdeutschland brächten "individualistische und egoistische Auffassungen" mit, "die erst durch Erziehung im Kollektiv unseres zum Sozialismus schreitenden Volkes überwunden werden können" (Neue Justiz 1960, S. 614). ...

Der Kampf gegen die Kriminalität ist somit in der SBZ vor allem eine politische Aufgabe. Äußerlich eindrucksvolle Erfolge täuscht die SED nicht nur durch die Kriminalitätsstatistik vor, sondern auch durch Maßnahmen der Strafpolitik.

Durch die Übergabe zahlreicher Strafsachen von geringerer Bedeutung an die Konfliktkommission (gesellschaftliche Gerichte) war Anfang 1961 vorübergehend bei den Kreisgerichten ein Rückgang der Strafverfahren bis zu 50 % zu verzeichnen. Diese sog. kleine Kriminalität erscheint nicht mehr in der Kriminalitätsstatistik. Ohne daß die Kriminalität wesentlich zurückging, ist auf diese Weise schon 1960 der Eindruck einer weiteren Abnahme der Kriminalität um 12 % gegenüber 1959 erweckt worden.

Erhebliche Sorgen bereitet der SED die Jugendkriminalität, über die keine Zahlen veröffentlicht werden. Sie ist im Verhältnis zur allgemeinen Kriminalität wesentlich höher als in der Bundesrepublik. Die negative Beeinflussung aus West-Berlin und Westdeutschland wurde besonders für die hohe Jugendkriminalität verantwortlich gemacht. So sollen 80 bis 85 % der gestrauchelten Jugendlichen westliche Literatur ("Schund- und Schmutzliteratur) gelesen und 90 % West-Berliner Kinoveranstaltungen besucht haben. Diese schädlichen Einflüsse hätten

besonders das Rowdytum zur Folge.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rowdytum" in der SBZ (x009/372): >>Parteijargon für Halbstarke-Unwesen.

Der Begriff "halbstark" wird abgelehnt. Die mit ihm verbundenen Erscheinungsformen wurden lange Zeit verschwiegen. Schließlich wurden als Gründe "für die mangelhafte Aktivität der Jugendlichen im öffentlichen Leben und für das leider oft beobachtete Rowdytum das fehlende gute Beispiel der Erwachsenen und das Versagen der FDJ angeführt.

Zahlreiche Prozesse wegen Rowdytum endeten mit harten Bestrafungen. Weder dadurch noch durch die Einweisung schwererziehbarer und krimineller Jugendlicher in Heim- und Jugendwerkhofs-Erziehung ist es bisher gelungen, das Rowdytum entscheidend einzudämmen. Infolgedessen ist für das künftige Strafgesetzbuch ein besonderer Tatbestand über rowdyhaftes Verhalten vorgesehen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gesellschaftliche Erziehung" in der SBZ (x009/154): >>... Der gesellschaftlichen Erziehung wird vor allem große Bedeutung im Kampf gegen die Kriminalität beigemessen.

An den notwendigen Auseinandersetzungen mit einem straffällig gewordenen Bürger soll sich nicht das Gericht, sondern ein möglichst großes Kollektiv beteiligen. ...

Im Anschluß an ein Strafverfahren, das mit bedingter Verurteilung, öffentlichem Tadel, Geldstrafe oder Einstellung des Verfahrens enden kann, "ist die begonnene erzieherische Einwirkung durch gesellschaftliche Kräfte fortzusetzen" ("Neue Justiz" 1961, S. 331).

Hier tritt also die außergerichtliche gesellschaftliche Erziehung neben die Erziehung durch das Gericht. Diese gesellschaftliche Erziehung soll im Betrieb, im Wohnbereich oder in den Produktionsgenossenschaft, der der Täter angehört, organisiert werden. Der Schwerpunkt soll in der Erziehungsarbeit innerhalb der sozialistischen Brigaden liegen.

Eine eigenständige Form der gesellschaftlichen Erziehung ist den Konfliktkommissionen übertragen, die damit bereits zu gesellschaftlichen Gerichten geworden sind.<<

**BRD:** Im Verlauf einer Bundestagsdebatte fordert die deutsche Bundesregierung im Jahre 1956 das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht für die deutschen Vertriebenen (x024/281-282): >>... Die Bundesregierung ist auch bemüht, des Prinzips des "Rechts auf die Heimat" mit allen geeigneten Mitteln zu internationaler Anerkennung zu verhelfen.

Das Recht auf die Heimat, das untrennbar mit dem in verschiedenen völkerrechtlichen Akten begründeten Selbstbestimmungsrecht verbunden ist, gehört zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die als wesentlicher Ausdruck wahrer Demokratie in der gesamten freien Welt "die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit" bilden.<<

Ein zeitkritischer Psychiater berichtet im Jahre 1956 über die "arme deutsche Jugend" (x182/-183): >>Diese Jugend ist arm, sie hungert nach Liebe und findet Sexualität, sie ist erotisch verhungert. Die Burschen können nicht einmal mehr flirten. Sie meinen, daß die Begegnung mit einem Mädchen gleich ins Bett führen muß. Und die Mädchen glauben, daß heute kein junger Mann länger als drei Abende "Werbungskosten" zahlen will. ...<<

**Kuba:** Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro organisiert im Jahre 1956 Partisanengruppen zum Kampf gegen das diktatorische Batista-Regime.

**Israel:** Israel besetzt im Jahre 1956 die Halbinsel Sinai und marschiert an den Suezkanal (Suezkrise 1956/1957).